

in puncto

Jetzt **JA** stimmen

Prämienerplosion stoppen! Kosten bremsen.

Seite 8

Stefan Meierhans

Der Preisüberwacher: «Nöd lugg lah gwünnt.»

Seite 6

Basisbefragung

Strategie 2033: Grosse Umfrage

Seite 4



Helfen Sie uns, unser Gesundheitssystem zu retten!

Unterstütze uns in unserer Kampagne für ein **JA zur Kostenbremse!** Die übermächtige Nein-Kampagne wird von der Gesundheitslobby grosszügig finanziert. Wir sind darum auf jede Spende angewiesen!

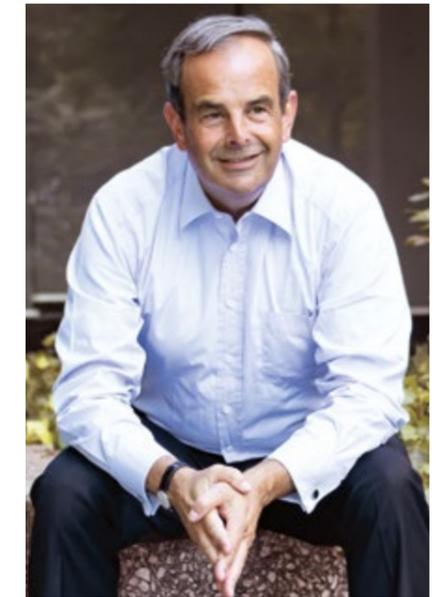


Jetzt spenden!
kostenbremse-jetzt.ch/spenden

JA

zur **Kostenbremse**
am 9. Juni 2024!

Liebe Leserinnen und Leser



Am 9. Juni ist es soweit: Das Schweizer Volk stimmt über unsere Initiative für eine Kostenbremse im Gesundheitswesen ab. Es ist höchste Zeit dafür, denn die Lebenshaltungskosten in der Schweiz steigen stetig. Die Mitte setzt sich mit der Kostenbremse für eine Entlastung des Portemonnaies des Mittelstandes und der Familien ein.

Kaufkraft des Mittelstandes schützen

Die explodierenden Krankenkassenprämien belasten seit Jahren das Portemonnaie und die Kaufkraft des Mittelstandes. Ein Expertenbericht im Auftrag des Bundes stellte ein Sparpotenzial von 6 Milliarden Franken pro Jahr fest. Aber weder Spitäler, Ärzte, Krankenkassen, Kantone noch die Pharmaindustrie wollen sparen. Stattdessen treiben Ineffizienz, Medikamentenverschwendung, Eigeninteressen und unnötige

Behandlungen die Prämien in die Höhe. Das Gesundheitswesen erweist sich als unfähig, sich selbst zu reformieren. Mit unserer Initiative bremsen wir die Kosten und stoppen so die Prämienexplosion. Damit zeigt Die Mitte als einzige Partei den Weg auf, wie die explodierenden Gesundheitskosten nachhaltig und ohne Qualitätsverlust gebremst werden können.

Werden auch Sie Teil der Lösung und helfen Sie uns, am 9. Juni der Prämienexplosion endlich ein Ende zu setzen. Mit einem JA zur Kostenbremse-Initiative stärken Sie die Kaufkraft des Mittelstandes und bewegen die Akteure im Gesundheitswesen zu einem verantwortungsvollen Umgang mit den Prämiegeldern.

Diskriminierung von Ehepaaren bei AHV und Steuern beenden
Ende März haben wir unsere beiden

Initiativen für faire Steuern und faire Renten auch für Ehepaare eingereicht. Rund 1,4 Millionen verheiratete Personen zahlen höhere Steuern als Unverheiratete und 9 von 10 Rentner-Ehepaaren bekommen weniger AHV als unverheiratete Paare. Wir wollen jetzt mit unseren Initiativen Gerechtigkeit für alle Paare schaffen, damit sie – unabhängig vom Lebensmodell – gleichbehandelt werden. Denn es ist höchste Zeit für mehr Fairness. Mit unseren Initiativen bringen wir dieses wichtige Anliegen einmal mehr auf die politische Agenda. Auch hier bleiben wir dran.

Gerhard Pfister
Präsident Die Mitte Schweiz



v.l. Vizepräsident Vincent Maitre (GE), Parteipräsident Gerhard Pfister (ZG), Vizepräsident Charles Juillard (JU), Präsidiumsmitglied Marie-France Roth Pasquier (FR), Präsidiumsmitglied Marianne Binder (AG), Vizepräsidentin Yvonne Bürgin (ZH), Präsidiumsmitglied Marc Rüdüsüli (TG), Präsidiumsmitglied Jan Gnägi (BE), Präsidiumsmitglied Tino Schneider (GR). Präsidiumsmitglied Karin Stadelmann (LU) ist nicht auf dem Foto zu sehen.

Bewährtes Mitte-Parteipräsidium für vier weitere Jahre bestätigt

An der Delegiertenversammlung der Mitte Schweiz im Februar 2024 in Schwyz fanden die Erneuerungswahlen des Parteipräsidiiums statt. Das amtierende Parteipräsidium wurde in globo wiedergewählt. Die Mitte gratuliert allen zur Wahl und wünscht weiterhin viel Erfolg im Amt!

Der Fraktionspräsident Philipp Matthias Bregy (VS) sowie der ständerätliche Gruppenchef Pirmin Bischof (SO) sind von Amtes wegen ex officio im Parteipräsidium vertreten.



Bundespräsidentin Viola Amherd

Bundesrätin Viola Amherd wurde zu Beginn der neuen Legislatur von der Vereinigten Bundesversammlung zur Bundespräsidentin gewählt. Viola Amherd ist seit 2018 Bundesrätin und steht dem Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) vor. Als Verteidigungsministerin übernimmt sie Verantwortung für eine sichere Schweiz und leistet seit fünf Jahren grosse und erfolgreiche Arbeit für unser Land.

Beide Fairness-Initiativen offiziell zu Stande gekommen!

Dank einem fulminanten Endspurt hat die Bundeskanzlei bestätigt: Unsere Fairness-Initiativen sind zu Stande gekommen! Die Initiative für faire Renten auch für Ehepaare ist mit 104'973 gültigen Unterschriften zu Stande gekommen. Gleichzeitig übertraf mit 101'382 gültigen Unterschriften auch unsere Initiative für faire Steuern das Unterschriftenziel.

Ein grosses Dankeschön geht an all diejenigen, die mit ihrem Engagement beim Unterschriftensammeln massgeblich zu diesem Erfolg beigetragen haben: Den kantonalen Mitte-Sektionen, den Vereinigungen, den Mitgliedern der Mitte, der EVP – mit rund 10 Prozent der Unterschriften – und allen Unterstützerinnen und Unterstützern der Initiativen. Merci!



Erfolgreiche kantonale Wahlen

Gleich in mehreren Kantonen war Die Mitte in den letzten Monaten erfolgreich. Am Supersonntag am 3. März wurde in den Kantonen Uri, Schwyz und St. Gallen gewählt. In allen Kantonen konnten die Sitze in den Regierungen gehalten und im Kanton Uri gar ein Sitzgewinn verzeichnet werden. Im Kanton Thurgau nehmen zudem neu drei weitere Vertreter unserer Partei Einsitz im Grossen Rat.

Allen Gewählten gratulieren wir herzlich und wünschen viel Erfolg und Freude im Amt!



Eigene Lösungen für eine sichere und generationengerechte Altersvorsorge

Am 3. März sagten die Stimmberechtigten Ja zur Initiative für eine 13. AHV-Rente. Die Mitte hatte sich gegen einen Ausbau der AHV nach dem Giesskannenprinzip ausgesprochen und gezieltere Massnahmen vorgeschlagen. Bei der Umsetzung der Initiative setzen wir uns dafür ein, dass die Mehrbelastung für den Mittelstand, der schon jetzt unter den steigenden Lebenshaltungskosten leidet, möglichst gering ausfällt. Wir gehen deshalb mit eigenen Lösungen voran. Unser Ständerat Beat Rieder hat den Bundesrat per Postulat mit der Prüfung einer Abgabe auf Finanzmarkttransaktionen beauftragt, welche zur Finanzierung der 13. AHV-Rente dienen könnte.



Die Mitte ist bereit für die Herausforderungen der neuen Legislatur

Zum Start ins neue Jahr lud Die Mitte im Januar die Medien zum traditionellen Dreikönigsgespräch in Bern ein. Bei dieser Gelegenheit machte das Parteipräsidium um Präsident Gerhard Pfister klar: Die Mitte ist bereit für die anstehenden politischen Herausforderungen und hat ihre Prioritäten für das Jahr definiert. Die Aufgabe der Mitte ist es, den Polen links und rechts mit einem geeinten Mitte-Pol entgegenzutreten und konstruktive Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit zu finden, an denen es uns nicht mangelt.



Fall Credit Suisse lückenlos aufarbeiten

Das Scheitern der Credit Suisse hat die Schweiz erschüttert und prägt auch den Beginn der neuen Legislatur. Das Debakel ist in erster Linie die Folge von gravierenden Fehlentscheidungen des CS-Managements. Doch die finanziellen Folgen trägt erneut die Schweizer Bevölkerung. Es kann und darf nicht sein, dass wir mit unseren Steuergeldern wiederholt die Fehler der Banken ausbaden müssen. Bevor neue Risiken an die öffentliche Hand übertragen werden, müssen vorgängig und gezielt die Möglichkeiten zur Anpassung der bestehenden Regulierungen analysiert und angepasst werden, um die Widerstandsfähigkeit der systemrelevanten Banken zu stärken. Es ist nun wichtig, das Fazit der von unserer Ständerätin Isabelle Chasot geleiteten parlamentarischen Untersuchungskommission abzuwarten, um neue Massnahmen zu prüfen.

Jetzt Antworttalon ausfüllen und mitmachen.

Bringen Sie sich ein!

Nach den erfolgreichen eidgenössischen Wahlen im letzten Herbst gilt es, den Schwung mitzunehmen und unsere Arbeit konsequent fortzusetzen. Dazu haben wir die Parteistrategie «Die Mitte 2033» lanciert. Die Strategie soll bis Ende dieses Jahres vorliegen. Das Ziel ist klar: Wir wollen auch bei den eidgenössischen Wahlen 2027 erfolgreich sein.

Basisbefragung der Mitte Schweiz

Für die Erarbeitung der Strategie führen wir auch eine Basisbefragung durch. Wir wollen herausfinden, welches Potenzial die Politik der Mitte hat, was Sie als Mitglied von uns als Partei der politischen Mitte erwarten und welche Themen Sie bewegen. Diskutieren Sie also mit und bringen Sie sich bei unserer Basisbefragung ein!

Wie kann ich mitmachen?

Die Umfrage findet online statt. Damit Sie teilnehmen und Ihre Meinung einbringen können, sind wir auf Ihre E-Mail-Adresse angewiesen. Sie können Ihre Kontaktdaten wie folgt aktualisieren: Dieser Ausgabe des in puncto liegt ein Antworttalon bei. Aktualisieren Sie Ihre Daten direkt online via QR-Code oder retournieren Sie den korrigierten Talon per Post. Sie erhalten dann in den nächsten Wochen per E-Mail die Zugangsdaten zur Umfrage. Teilnahmeberechtigt sind alle Mitglieder unserer Partei. Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!

Neue Gesichter unter der Bundeshauskuppel

Mit Beginn der neuen Legislatur begrüßen wir unsere neun neuen Nationalrätinnen und Nationalräte in der Mitte-Bundehausfraktion:



Nicole Barandun

Nationalrätin (ZH) Für den Beitritt zur damaligen CVP gaben die engagierten Frauen der Partei den Ausschlag. Als Mutter von drei heute erwachsenen Kindern war ich immer als Rechtsanwältin tätig. Die Haltung unserer Partei, jedes Familienmodell und die Vereinbarkeit zu unterstützen, empfand ich immer als sehr wertschätzend. Der Mensch im Zentrum, das macht es aus.



Maya Bally Frehner

Nationalrätin (AG) Politisch aktiv wurde ich 2006 parteilos als Schulpflegerpräsidentin. Seit 2013 bin ich parteipolitisch aktiv, 11 Jahre davon im Kantonsparlament. Beruflich war ich Jahrzehnte als Projektmanagerin und Führungsverantwortliche unterwegs. Halt und Unterstützung geben mir mein Mann und mein erwachsener Sohn. Meine Leidenschaft waren immer die Pferde.



Dominik Blunschy

Nationalrat (SZ) Politik ist neben Familie, Sport und IT meine grosse Leidenschaft und prägt meinen Alltag schon lange. Als Ingenieur ist es mir besonders wichtig, Entscheide aufgrund von Fakten zu treffen. Als Vereinsmensch liegt mir die Wertschätzung der ehrenamtlichen Tätigkeit am Herzen.



Yvonne Bürgin

Nationalrätin (ZH) Aufgewachsen bin ich Rüti, und dort lebe ich noch heute zusammen mit meinen drei erwachsenen Kindern. Im kleinen, familieneigenen Natursteinbetrieb bin ich für die Finanzen zuständig. Als ehemalige Kunstturnerin ist mir Bewegung wichtig, und Sport dient als Ausgleich zu meinen politischen Mandaten. Ebenso geniesse ich als Filmfan gerne einen Kinoabend oder Netflix zu Hause.



Isabelle Chappuis

Nationalrätin (VD), Ökonomin und «Futuristin» Ich bin Spezialistin für prospektive Studien sowie Fragen im Zusammenhang mit der «Arbeit der Zukunft» und den neuen Technologien. «Mama ist Futuristin», würden meine drei Kinder sagen! Ich begann meine politische Laufbahn, indem ich für die ausserschulische Betreuung in meiner Gemeinde kämpfte und engagierte mich heute in Bern für eine Gesellschaft, in der technologische Innovationen die Entwicklung einer humanistischeren und nachhaltigeren Gesellschaft ermöglichen.



Regina Durrer-Knobel

Nationalrätin (NW), Prorektorin Politik ist mein grösstes Hobby und nun auch mein Beruf. Ich bin verheiratet, Mutter von drei Teenagern und kenne den täglichen Spagat zwischen Familie, Beruf und Politik. Die Bildung ist mein Kernthema. In meiner Freizeit trifft man mich in der Natur oder an kulturellen Veranstaltungen.



Giorgio Fonio

Nationalrat (TI) Als Politiker und Gewerkschafter stelle ich die Menschen und die Familie in den Mittelpunkt meines Handelns. Es ist mir wichtig, meinen vier Kindern zu vermitteln, dass Politik ein Dienst am Land ist. Ich habe mich schon sehr früh an die Politik herangewagt und habe mit der Mitte die richtige Partei gefunden, um meine Ideale zu vertreten.



Pius Kaufmann-Roos

Nationalrat (LU), Gemeindevorsteher von Escholzmatt-Marbach Gemeinsam mit meiner Frau und unseren zwei Mädchen wohne ich auf meinem Bauernhof. Der Schwingensport, früher als Aktivschwinger und heute als Funktionär, nimmt in meiner Freizeit viel Platz ein. In der Politik habe ich gelernt, auf Menschen zuzugehen, ihnen zuzuhören und andere Ansichten zu verstehen.



Reto Nause

Nationalrat (BE) Ich bin Berner, Aargauer und Walliser zugleich: Seit 16 Jahren darf ich in der schönsten Stadt der Welt mitregieren. Aufgewachsen bin ich im welt-offenen und exportorientierten Baden, und meine Freizeit verbringe ich am liebsten in Crans-Montana auf Skiern oder auf dem Bike. Politisch gelten meine Schwerpunkte der Sicherheit und Energieversorgung.

«Nöd lugg lah gwünnt.»

Stefan Meierhans amtet seit 16 Jahren als Schweizer Preisüberwacher. In unserem Exklusiv-Interview erklärt er, wie ein weiterer Prämienanstieg verhindert oder zumindest gedämpft werden kann.

Stefan Meierhans, als Sie Ihr Amt als Preisüberwacher 2008 übernahmen, lag die mittlere Krankenkassenprämie in der Schweiz bei 215 Franken. In der Zwischenzeit liegt sie bei 360 Franken. Wie kommt diese Prämienexplosion zu Stande?

Gesundheitsmärkte sind Anbietermärkte: Die Patientinnen und Patienten bezahlen für die empfangenen Leistungen nur indirekt in Form von Prämien. Der Sektor ist ein grosser Wirtschaftsmotor mit unzähligen Profiteuren. Dazu gehören unter anderen die Ärzteschaft, die Aktionäre der Pharmafirmen, die Klinikbetreiber, die medizinischen Labors, die Hilfsmittellieferanten, die Baufirmen und nicht zuletzt auch Stararchitekten, welche für den Neubau des Universitäts-Kinderspitals Zürich verantwortlich zeichnen. In Kombination mit falschen tarifarischen Anreizen und geschlossenen Grenzen führt dieses Setting auch zu überflüssigen und überteuerten Behandlungen – mit entsprechenden Auswirkungen auf die Krankenkassenprämien.

Das Problem ist also bestens bekannt. Was können Sie als Preisüberwacher tun, um auf eine Verringerung der finanziellen Belastung der Bevölkerung durch die Krankenkassenprämien hinzuwirken?

Ich fahre zweigleisig. Einerseits verfasse ich jährlich Dutzende Empfehlungen zu überhöhten Arzt- und Spitaltarifen sowie Labor- und Hilfsmittelpreisen. Diese richten sich an die Kantonsregierungen, das Departement des Innern (EDI) sowie den Bundesrat. Andererseits mache ich Empfehlungen zur Verbesserung des Gesamtsystems und einzelner Regulierungen, wie zum Beispiel derjenigen im Medikamentenbereich. So fordere ich beispielsweise seit Jahren die Angleichung des Generika-

preisniveaus an dasjenige im europäischen Ausland. Aktuell bezahlen wir in der Schweiz ja gut doppelt so viel für Generika wie unsere europäischen Nachbarn. Derartige Forderungen stütze ich auf eigene Studien ab – zum Beispiel Auslandspreisvergleiche. Den jüngsten diesbezüglichen Vergleich machten wir zu Labortarifen. Er hat immerhin dazu geführt, dass das EDI ab Mitte 2022 die Labortarife linear um 10% gesenkt hat, was der Grundversicherung jährlich 140 Mio. Franken einspart.

Nicht zu meiner Zuständigkeit gehört die Kontrolle der Krankenkassenprämien und deren Genehmigung. Diese Aufgabe wird vom Bundesamt für Gesundheit erledigt. Warum? Weil die Prämien kein Preis im engeren Sinn, sondern das Resultat aus Anzahl konsumierter Gesundheitsleistungen mal die jeweiligen Preise und Tarife sind. Zurzeit wachsen vor allem die Leistungsmengen stark.

In Ihrem Jahresbericht 2023 stellen Sie acht mögliche Sparmassnahmen im Gesundheitswesen vor. Wo sehen Sie den grössten Handlungsbedarf?

Grundsätzlich bin ich der Auffassung, dass nur das Zusammenspiel aller acht Massnahmen zum Erfolg führt. Folgende drei Vorschläge haben jedoch meiner Ansicht nach das grösste kurzfristige Wirkpotential: Erstens das Setzen der richtigen finanzielle Anreize für die Leistungserbringer. Das heisst, bezahlt wird die Gesunderhaltung und nicht jeder einzelne Behandlungsschritt – so wie etwa in integrierten Versorgungsnetzen. Zweitens die Steuerung des Kostenwachstums mittels Zielgrössen, was gleichbedeutend wäre mit der Einführung einer Budgetlogik im Gesundheitswesen. Und drittens die markante Senkung der Tarife und Preise – beispielsweise bei den kassenpflichtigen Medikamenten, den Laborleistungen und den Spitälern – am besten gekoppelt mit der Aufhe-

bung des Territorialitätsprinzips: Wenn Leute zum Beispiel von sich aus im Ausland gleichwertige Medikamente oder Hilfsmittel einkaufen, um die Kosten zu senken, sollte das von den Kassen auch rückvergütet werden können.

Bei der Umsetzung scheint es jedoch nicht wirklich voranzugehen. Was oder wer blockiert die Umsetzung von kostensenkenden Massnahmen?

Wie gesagt ist der Gesundheitsmarkt ein riesiger Wirtschaftsmotor, von welchem zahlreiche Akteure leben und profitieren. Dazu gehören alle Leistungserbringenden, die Arzneimittel- und Hilfsmittellieferanten, die Laborbetreiber, die Kantone als Spitalbesitzer, einzelne Krankenversicherer und nicht zuletzt eine nicht geringe Anzahl Politikerinnen und Politiker als Mandatsträger von Interessengruppen. Um die Situation zu verbessern, gibt es in unserem demokratischen System letztlich nur die bestmögliche Information der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über die Funktionsweise des Systems. Ich bin überzeugt, dass ein qualitativ hochstehendes Gesundheitswesen zu tieferen Kosten möglich ist, wenn konsequent die Interessen der Patientinnen und Patienten ins Zentrum gerückt werden. Damit würde namentlich auch mögliche Übertherapie und Übermedikation angegangen.

Sehen Sie Möglichkeiten und Wege, Einfluss auf die verantwortlichen Akteure zu nehmen?

Als Preisüberwacher bearbeite ich das Gesundheitsdossier jetzt und in Zukunft mit hoher Priorität und Intensität, was neben der Empfehlungstätigkeit zu Gesundheitstarifen und regulatorischen Verbesserungsvorschlägen auch die Sensibilisierung der Bevölkerung mittels Öffentlichkeitsarbeit einschliesst. Dies alles gemäss meinem Motto: «Nöd lugg lah gwünnt.»

«Ich bin überzeugt, dass ein hochstehendes Gesundheitswesen zu tieferen Kosten möglich ist, wenn konsequent die Interessen der Patientinnen und Patienten ins Zentrum gerückt werden.»

Prämienexplosion stoppen! Kosten bremsen.

Am 9. Juni ist es endlich soweit! Die Stimmbürger*innen werden die Gelegenheit erhalten über unsere Initiative für eine Kostenbremse im Gesundheitswesen abzustimmen. Mit unserer Initiative stoppen wir die Prämienexplosion und nehmen alle Akteure im Gesundheitswesen in die Pflicht. Als einzige Partei zeigen wir den Weg auf, wie die explodierenden Kosten nachhaltig ohne Qualitätsverlust gebremst werden können.

Es sind nun bereits vier Jahre vergangen, seitdem wir im Jahr 2020 mit über 120'000 Unterschriften unsere Initiative für eine Kostenbremse im Gesundheitswesen eingereicht haben. Bereits damals stiegen die Prämien unaufhaltsam und bedrohten die Kaufkraft des Mittelstandes. Medikamentenverschwendung, unnötige Behandlungen, fehlende Digitalisierung und Ineffizienz liessen die Prämien in der Zwischenzeit weiterhin explodieren. Um dies zu ändern und die Akteure im Gesundheitswesen zu einem verantwortungsvollen Umgang mit unseren Prämiengeldern zu bewegen, bringen wir am 9. Juni unsere Kostenbremse-Initiative zur Abstimmung.

Denn wirksame Massnahmen zur Senkung der Gesundheitskosten sind längst bekannt und wurden bereits 2019 in einem Expertenbericht im Auftrag des Bundes zusammengefasst. Bereits heute könnten 20% der Kosten ohne Qualitätsverlust eingespart werden – das sind 6 Milliarden Franken pro Jahr! «Während sich Akteure wie Kantone, Spitäler, die Pharmaindustrie, Ärzte und Krankenversicherungen die

Schuld für die explodierenden Prämien gegenseitig zuschieben und ihre Verantwortung scheuen, übernimmt Die Mitte Verantwortung und bewegt die Akteure zum Handeln», sagt Mitte-Nationalrat Stefan Müller-Altermatt.

Unsere Forderungen sind klar und kurz vor der Abstimmung aktueller denn je:

Prämienexplosion stoppen – Kosten bremsen

«Heute bezahlt eine vierköpfige Familie pro Jahr bis zu 15'000 Franken allein für Krankenkassenprämien! Die Bekämpfung des Kostenwachstums im Gesundheitswesen ist der einzige Weg, um die steigenden Prämien nachhaltig zu senken. Der Mittelstand und die Haushalte müssen entlastet werden», sagt Mitte-Ständerat Erich Ettl.

Alle Beteiligten in die Verantwortung nehmen

«Die Gesundheit im obligatorischen Bereich kostet uns heute über 38 Milliarden Franken pro Jahr, das sind über 104 Millionen pro Tag! Weder die

Pharmaindustrie, Krankenkassen, Spitäler noch Kantone wollen sparen – das heutige System ist voller Fehlentscheidungen. Mit der Kostenbremse-Initiative müssten endlich alle Akteure Verantwortung für die Kostenentwicklung übernehmen», sagt Mitte-Nationalrätin Yvonne Bürgin.

Unnötige Kosten eliminieren – Ineffizienzen beseitigen

Wir zahlen in der Schweiz für Medikamente teilweise fünfmal mehr als im Ausland. Zahlreiche Eingriffe werden noch immer stationär im Spital statt ambulant vorgenommen. Das Sparpotenzial liegt laut Expertinnen und Experten insgesamt bei 6 Milliarden Franken – ohne Qualitätseinbussen für Betroffene!

Wie funktioniert unsere Kostenbremse?

Unsere Kostenbremse funktioniert ähnlich wie die bewährte Schuldenbremse des Bundes. Steigen die Gesundheitskosten jährlich 20 Prozent stärker als die Löhne, muss der Bund in Zusam-

menarbeit mit den Kantonen und Gesundheitsakteuren Massnahmen zur Kostensenkung ergreifen. Zwischen 2010 und 2020 sind die Gesundheitskosten im obligatorischen Bereich durchschnittlich um 3 Prozent pro Jahr gestiegen, während die Löhne sich nur um 0.7 Prozent erhöht haben. Die Kosten sind also viermal stärker gestiegen als die Löhne und betragen heute im obligatorischen Bereich fast 38 Milliarden Franken pro Jahr. Wenn wir jetzt nicht handeln, wird das Gesundheitswesen bald unbezahlbar.

Wir kämpfen allein gegen eine Übermacht

Während Die Mitte für das Portemonnaie des Mittelstandes kämpft, versucht eine breite Allianz aus Ärztenverbänden, Krankenversicherungen, Apothekern und der Pharmaindustrie den Erfolg unserer Initiative zu verhindern. Während wir unsere Kampagne lediglich mit einem Budget von 200'000 Franken bewältigen, stecken unsere Gegner Millionen in den Abstimmungskampf. Weil wir nur gemeinsam

die Kosten im Gesundheitswesen nachhaltig bremsen können, brauchen wir Ihre Unterstützung!

Wenn Sie – wie alle 90'000 Mitglieder der Mitte – je 15 Personen für unsere Initiative begeistern können, ist uns am 9. Juni ein JA gewiss.



Stefan Müller Altermatt
Nationalrat (SO)



Erich Ettl
Ständerat (OW)



Yvonne Bürgin
Nationalrätin (ZH)



Erstellen Sie jetzt Ihr
eigenes Testimonial und
teilen Sie es mit Ihrem Umfeld!

kostenbremse-jetzt.ch



JA

zur Kostenbremse
am 9. Juni 2024!

Die Mitte-Parolen für den 9. Juni

Neben unserer Kostenbremse-Initiative stimmen wir am 9. Juni über die Prämientlastungs-Initiative, das Stromgesetz sowie über die Initiative für körperliche Unversehrtheit ab. Unsere Parlamentarierinnen und Parlamentarier zeigen auf, warum sie sich dafür oder dagegen engagieren.

Stromgesetz – Ja für eine sichere Stromversorgung

Um die Abhängigkeit von ausländischen, fossilen Energieträgern zu verringern und mit dem steigenden Stromverbrauch der Schweizer Bevölkerung und Wirtschaft Schritt zu halten, muss in den kommenden Jahren die Schweizer Stromproduktion rasch ausgebaut werden. Bereits heute müssen diejenigen Projekte umgesetzt werden, welche die Versorgungssicherheit für die nächsten 5 bis 15 Jahre sicherstellen. Das Stromgesetz setzt verbindliche Ziele, um diesen Ausbau im Inland mittels erneuerbarer Energien und ohne zusätzliche Kosten zu bewältigen. Dies, währenddem die Gegner auf veraltete Technologien und Verbote setzen. Bis 2035 können durch das Stromgesetz in der Schweiz pro Jahr 35 Milliarden Kilowattstunden Strom aus Sonne, Wind, Biomasse oder Geothermie produziert werden.

Zudem verbietet das Stromgesetz den Bau von Stromproduktionsanlagen in Biotopen von nationaler Bedeutung

sowie in Wasser- und Zugvogelreservaten. Damit werden die Biodiversität und Landschaften, die nicht als geeignete Gebiete ausgewiesen sind, geschont.

Mit dem Stromgesetz haben wir eine sorgfältig ausgearbeitete Vorlage, über welche die Versorgungssicherheit mit Strom aus erneuerbaren Energien gestärkt wird. **Aus diesen Gründen sage ich klar Ja zum Stromgesetz.**

Priska Wismer, Nationalrätin (LU)

Symptombekämpfung anstatt Problemlösung: Nein zur Prämientlastungs-Initiative

Auch das Parlament anerkennt, dass die Prämienverbilligungen eine entscheidende Rolle für die soziale Gerechtigkeit spielen. Darum hat es in einem indirekten Gegenschlag zur Initiative einem angemessenen Ausbau zugestimmt. Prämienverbilligungen alleine können das Problem der steigenden Gesundheitskosten aber nicht nachhaltig lösen.

«Mit dem Stromgesetz haben wir eine sorgfältig ausgearbeitete Vorlage.»

Nur die Kostenbremse der Mitte fördert die Eigenverantwortung der Akteure im Gesundheitswesen, sodass die Prämien nicht ins Uferlose steigen. Die Prämientlastungs-Initiative wälzt das Problem der explodierenden Gesundheitskosten an den Bund und an die Kantone ab. Aus dieser Lösung ergeben sich keine dringend notwendigen Massnahmen zur Kostensenkung. Wenn die steigenden Kosten nicht endlich gebremst werden, führt dies zu einer enormen Belastung der Staatsausgaben, die wiederum von der Allgemeinheit getragen werden müssen. Die Steuerzahlenden sollen somit dafür aufkommen, dass die Akteure im Gesundheitswesen ihre Verantwortung nicht wahrnehmen. **Aus diesen Gründen sage ich klar Nein zur Prämientlastungs-Initiative.**

Lorenz Hess, Nationalrat BE

Unverhältnismässig: Nein zur Initiative für körperliche Unversehrtheit

Die Initiative für körperliche Unversehrtheit verlangt, dass bei jedem staatlichen



Eingriff in die körperliche oder geistige Unversehrtheit die Zustimmung der betroffenen Person vorliegen muss. Damit tangiert die Initiative insbesondere das staatliche Gewaltmonopol von Polizei, Strafverfolgung und Strafvollzug, Militär, Ausländer- und Asylwesen. Würde die Initiative angenommen, dürfte die Polizei beispielsweise ohne Zustimmung der betroffenen Personen keine Verdächtigen mehr festnehmen, der Staat könnte keine abgewiesenen Asylsuchenden mehr in ihr Heimatland zurückführen, wenn die Zustimmung dieser Personen fehlt. Insofern zielt die Initiative weit über Impfungen hinaus. **Aus diesen Gründen sage ich klar Nein zur Stopp-Impfpflicht-Initiative.**

Yvonne Bürgin, Nationalrätin (ZH)



Priska Wismer
Nationalrätin (LU)



Lorenz Hess
Nationalrat (BE)



Yvonne Bürgin
Nationalrätin (ZH)

Ausblick von Philipp Matthias Bregy

Die 52. Legislaturperiode hat begonnen! Der Fraktionspräsident der Mitte Schweiz, Philipp Matthias Bregy, berichtet über die Herausforderungen, welche Die Mitte in den nächsten vier Jahren erwarten.



Die Mitte. Meinungen und Menschen.

Folge uns auf:

-  Mitte_Centre
-  Mitte.Centre
-  Mitte_Centre
-  mitte-centre
-  DieMitte-LeCentre

Unterstütze uns mit einer
Spende via Twint-App!



Europa: Verhandlungen auf Augenhöhe

Geregelte Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU sind entscheidend. Die Mitte befürwortet Verhandlungen mit der EU. Diese müssen vom Bundesrat nun rasch geführt werden, um den bilateralen Weg erfolgreich in die Zukunft zu führen. Die Mitte erwartet vom Bundesrat, entschieden für die Interessen der Schweiz in Brüssel einzustehen. Wir verlangen Lösungen auf Augenhöhe mit der EU, die unseren Wohlstand sichern, aber unsere Sozialwerke und das Lohnniveau nicht gefährden. Dabei ist aus Sicht der Mitte das Gleichgewicht zwischen wirtschaftlicher Vernetzung, grösstmöglicher Souveränität und sozialer Verantwortung zu wahren.

Gesundheitswesen: Qualitativ hochstehend und bezahlbar

Die Mitte setzt sich an vorderster Front für ein qualitativ hochstehendes, aber zugleich bezahlbares Gesundheitswesen für alle ein. Eine zentrale Massnahme dabei ist die von der Mitte vorangetriebene, einheitliche

Finanzierung im Gesundheitswesen. Zurzeit werden ambulant und stationär erbrachte medizinische Leistungen in der Schweiz unterschiedlich finanziert, was zu falschen finanziellen Anreizen und höheren Prämien führt. Die medizinische Indikation muss für die Art der Behandlung ausschlaggebend sein, nicht die Finanzierung. Deshalb sollen die Krankenkassen und Kantone künftig Behandlungen einheitlich finanzieren, unabhängig davon, ob sie ambulant oder stationär durchgeführt werden. Dank dem grossen Engagement der Mitte-Fraktion hat das Parlament eine entsprechende Vorlage verabschiedet. Da jedoch von Links das Referendum dagegen ergriffen wurde, wird das Volk zu dieser wichtigen Vorlage das letzte Worte haben.

Sozialpolitik: Verantwortungsvolle Finanzierung

Der angespannte Finanzhaushalt des Bundes sorgte im vergangenen Winter bei den Budgetverhandlungen im Parlament dafür, dass der Verhandlungsspielraum deutlich geringer war als früher. Für die Mitte braucht es eine Finanzpolitik mit Augenmass. Besonders herausfordernd wird die

Finanzierung der Sozialwerke. Im Rahmen der Generationengerechtigkeit steht es für Die Mitte ausser Frage, dass wir sorgsam mit den vorhandenen Mitteln arbeiten und nicht auf Kosten der nächsten Generation leben. Nach dem Ja zur 13. AHV-Rente müssen darum neue Finanzierungsquellen gefunden werden, die die Kaufkraft des Mittelstandes so weit wie möglich erhalten. Neben der Erhöhung der Mehrwertsteuer oder mehr Lohnabzügen sind auch andere Ideen zu prüfen, wie zum Beispiel unser Vorschlag einer Finanzmarkttransaktionssteuer.



Philipp Matthias Bregy
Fraktionspräsident
Die Mitte Schweiz
Nationalrat (VS)

SICHERN WIR GEMEINSAM UNSERE STROMVERSORGUNG!

JA AM 9. JUNI
ZUM STROMGESETZ

ALLIANZ FÜR EINE SICHERE STROMVERSORGUNG
STROMGESETZ-JA.CH



Eine Investition in die Zukunft

Bei Axpo sind wir stolz darauf, jeden Tag einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit unseres Landes zu leisten. In den letzten 10 Jahren haben wir 70 Prozent der Investitionen in der Schweiz getätigt, damit wir auch in Zukunft jederzeit klimafreundlichen Strom für Wirtschaft und Gesellschaft bereitstellen können.

The Power of Energy

